



12. Oktober 2018

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Politik für ein solidarisches Land – diese Woche in erster Lesung im Parlament**
- **Anhörung zur Grundgesetzänderung**
- **Reform des Sozialen Entschädigungsrechts**
- **Dieselnachrüstung durchsetzen**
- **Esther Dilcher erhielt Besuch von 50 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis**
- **SPD-Frauenstammtisch bei Bundeskanzlerin**

Politik für ein solidarisches Land – diese Woche in erster Lesung im Parlament

Familienentlastungsgesetz



Wir erhöhen das Kindergeld um 10 Euro pro Kind ab dem 1. Juli 2019 und erhöhen den Kinderfreibetrag entsprechend. Auch der Grundfreibetrag wird angehoben, also das steuerfreie Existenzminimum. Lohnsteigerungen

sollen nicht mehr über den steigenden Steuersatz aufgefressen werden.

Gesetz über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung der gesetzlichen Rente

Wir schreiben das Rentenniveau bis 2025 bei 48% fest und sorgen gleichzeitig dafür, dass die Rentenbeiträge nicht über 20% ansteigen. Dafür wird der Bund in den kommenden Jahren jährlich 2 Milliarden Euro in einen Fond zahlen, um die Rentenbeiträge stabil zu halten. Wir wollen diese Sicherheit auch über 2025 hinaus



fortschreiben und das Rentenniveau bis 2040 stabilisieren. Dafür werben wir in der Rentenkommission der Bundesregierung, die Vorschläge für die Alterssicherung der Zukunft erarbeiten soll.

Gesetzentwurfes zur Änderung der Angaben im Geburtenregister: Wir stärken die Rechte intersexueller Menschen



Künftig besteht die Möglichkeit bei der Eintragung in das Geburtenregister neben keiner Angabe, die Angaben „weiblich“ oder „männlich“ oder „divers“ vorzunehmen. Intersexuelle Menschen haben zukünftig nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Möglichkeit, die Zuordnung im Geburtseintrag und gegebenenfalls auch den Vornamen mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters frei selbst zu bestimmen.

Sozialer Arbeitsmarkt - Teilhabechancengesetz

Arbeitslose, die schon lange eine Arbeit suchen, erhalten eine neue Chance.

Noch immer sind – trotz historisch niedriger Arbeitslosigkeit – 800.000 Bürgerinnen und Bürger langzeitarbeitslos. Wir setzen ein Programm auf, das Langzeitarbeitslose gezielt und individuell unterstützt, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Denn Arbeit und

eigenes Einkommen sind zentral für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und für die Gestaltung des Lebens nach eigenen Wünschen.



Anhörung zur Grundgesetzänderung

Wir Sozialdemokraten haben es schon lange gefordert: Der Bund muss sich endlich angemessen an den Lösungen der drängenden Probleme unserer Zeit beteiligen können.

Das Grundgesetz wird so geändert, dass der Bund zukünftig in den folgenden Bereichen finanzielle und logistische Unterstützung leisten kann:

- Bildungsinfrastruktur (Digitalisierung der Schulen, ganztägige Bildung und Betreuung von Kindern im Grundschulalter)
- Soziale Wohnraumförderung
- Öffnungsklausel für den Bereich der Bundesfernstraßen hinsichtlich Planfeststellung und Plangenehmigung



Grundgesetzänderung in den Artikel 104c, 10d, 125c und 143e

Schulen brauchen eine leistungsstarke und angemessene IT-Infrastruktur. Das Recht auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ermöglicht Frauen, gleichberechtigt neben den Männern zu arbeiten und ihre Arbeitszeit bis hin zur Vollzeit ist auszuweiten. Für leistungsschwächere Schüler können schulintern bessere Fördermöglichkeiten geschaffen werden.

Mit der Grundgesetzänderung kann sich der Bund zukünftig finanziell an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums beteiligen. Die Mittel sind dabei ausschließlich an den Bereich des sozialen Wohnungsbaus gebunden. Das Geld kann also nicht in irgendwelchen Haushaltslöchern einer Landesregierung verschwinden.

Dem Bund soll zudem die Möglichkeit eröffnet werden, durch gesetzliche Regelung die Aufgabe der Planfeststellung und Plangenehmigung für den Bau oder die Änderung von Bundesautobahnen und sonstigen Bundesstraßen des Fernverkehrs sowie der Entscheidung über die Befreiung von diesen Verfahren einem Land in Bundesauftragsverwaltung zu überlassen, wenn ein Land dies beantragt.

Reform des Sozialen Entschädigungsrechts

Edgar Franke setzt sich im Rahmen der Reform des Opferentschädigungsrechts und der Kriegsopferfürsorge zu einem SGB XIII für höhere Einzelleistungen und Renten ein.

Um diese Forderungen auch wissenschaftlich zu untermauern haben wir ein Forschungsprojekt mit der Hochschule der



Gesetzlichen Unfallversicherung (HGU) ins Leben gerufen. In dieser Woche hat Edgar Franke gemeinsam mit Prof. Dr. Joachim Breuer (im Bild rechts), Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) und dem Sozialrechtler Prof. Dr. Eberhard Eichenhofer (im Bild links) von der Friedrich-Schiller-Universität Jena in Berlin mit Studierenden die Details der Reform des Sozialen Entschädigungsrechts kritisch beleuchtet.

Dieselnachrüstung durchsetzen

Gerade wir Nordhessen wissen, wie wichtig die Automobilindustrie für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Arbeitsplätze der Menschen und deren Familien vor Ort ist. Deshalb stehen wir Sozialdemokraten immer an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch und vor allem des VW-Werks in Baunatal.

Wir fordern aber auch, dass dort, wo Fahrverbote nicht verhindert werden können, die Automobilkonzerne umgehend attraktive Umtauschprämien anbieten und die Kosten für die technische Nachrüstung von Diesel-Pkw übernehmen müssen.

Es ist nicht akzeptabel, dass die Automanager immer noch die technische Nachrüstung von Diesel-Pkw und deren Finanzierung verweigern. Wir Sozialdemokraten erwarten von Bundeskanzlerin Angela Merkel und von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, dass sie den Druck auf die Auto-Bosse erhöhen, und die Vereinbarungen in der Koalition durchsetzen.



Häufig gestellte Fragen zur Dieselnachrüstung

1. Reicht das Softwareupdate nicht aus?

Nein. Die Reduktion um bis zu 30% hört sich gut an, bezieht sich aber nur auf die Minderung im Prüfzyklus NEFZ. Für die Straße sind diese Werte nicht gültig. Es käme aber genau darauf an.

2. Ist Hardwarenachrüstung überhaupt möglich?

Ja. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Der Dieselpipfel hat zwei Gutachter bestellt: Prof. Wachtmeister von der TU München und ein Gutachter-Team um Prof. Koch vom KIT (Karlsruher Institut für Technologie). Beide kommen zum Schluss, dass die Nachrüstung technisch machbar ist. Das KIT ist gegen die Nachrüstung, weil sie zu teuer sei.

3. Wie teuer ist das wirklich?

Der Audi A 4 Avant 3.0 TDI (ein sehr häufig in Deutschland verkauftes Fahrzeug) konnte als Euro-5er mit einem SCR-Kat (das ist das, was nachgerüstet werden muss) serienmäßig bestellt werden. Es gehörte seinerzeit zur fakultativen Sonderausstattung. Aufpreis: 1.350 €. Weitere: BMW 320d 1.190 €, Passat 2.0 TDI 1.500 €. Heute werden für diese sogenannten Retrofit-Anlagen Preise zwischen 1.500 u. 3.000 € fällig.

Esther Dilcher erhielt Besuch von 50 Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis

Gleich am ersten Tag stand der „Tränenpalast“ der ehemalige innerdeutsche Grenzübergang in der Friedrichstraße auf dem Programm, gefolgt von einer Führung durch die Gedenkstätte „Hohenschönhausen“, der ehemaligen zentralen Untersuchungs- haftanstalt der Staatssicherheit der DDR.

Auch ein Besuch im Deutschen Bundestag durfte nicht fehlen. Der fand am zweiten Tag statt, zusammen mit einer Diskussion und einem gemeinsamen Foto mit der Abgeordneten Esther Dilcher. Die anschließende Führung durch die Ausstellung „Irrwege – Umwege“ im Deutschen Dom zeigte die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland.



Der dritte Tag begann mit einer Stadtrundfahrt unter politisch-historischen Gesichtspunkten und der Besichtigung weiterer Highlights von Berlin. Im Anschluss daran gab es eine Führung durch das Willy-Brandt-Haus.

Die Rückmeldungen der Gruppe waren positiv bis begeistert, viele lobten das interessante und lehrreiche Programm – eben eine politische Bildungsfahrt der Extra-Klasse!

SPD-Frauenstammtisch bei Bundeskanzlerin

Am 12. September dieses Jahres waren die SPD-Frauen im Deutschen Bundestag von der Bundeskanzlerin zu einem Abendessen ins Bundeskanzleramt eingeladen worden.

Nach einigem Hin- und Her fand der Termin trotz zahlreicher Bedenken – aufgrund der angespannten Lage innerhalb der Koalition – dann doch statt, weiß Esther Dilcher zu berichten.



Foto: Esther Dilcher

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Allerdings wurde einvernehmlich vereinbart, keine Presse zu dem Termin zu machen und auch keine Berichte darüber auf Facebook, Twitter oder sonstigen Kanälen zu verbreiten und auch das gemeinsame Foto nicht zu veröffentlichen. Daran haben sich alle Beteiligten in großer, einvernehmlicher Disziplin auch gehalten.

Allein dieser bemerkenswerte Umstand war dem Spiegel bereits einen Artikel wert. Natürlich auch ohne Foto. Ich finde es sehr positiv, dass ein Termin, bei dem es um viele wichtige Sachthemen wie Geschlechtergerechtigkeit, ein Paritätsgesetz, die Situation in Ostdeutschland, aber auch das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche ging, auch einmal ohne mediale Begleitung und als reines Arbeitsessen stattfinden kann.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke – Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder auf den Seiten 2 (unten), 4 und 5 (unten) von pixabay.com.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.